

Ombudsleute für ausländische Investoren – Deutsche Experten sind skeptisch

Die Initiative von Russlands Präsident Dmitrij Medwedjew, wonach in den föderalen Bezirken jeweils ein Ombudsmann berufen werden soll, der Unternehmen bei ihren Investitionsvorhaben zur Seite steht, stößt bei den deutschen Wirtschaftsexperten auf ein geteiltes Echo.

Jutta Falkner, Chefredakteurin des Wirtschaftsmagazins OST-WEST-CONTACT, beschreibt Medwedjews Plan im [Interview mit der Deutschen Welle](#) als „Aktionismus“. „Jede Initiative, die das Geschäftsklima in Russland verbessert, ist willkommen“, sagt Falkner, jedoch habe es bereits viele ähnliche Initiativen in Russland gegeben und „die wichtigste Frage ist doch, was am Ende dabei herauskommt.“

Auch Michael Harms, Vorstandsvorsitzender der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer, begrüßt prinzipiell den Einsatz eines Ombudsmanns in allen acht Föderalbezirken des Landes, warnte jedoch gleichzeitig: „Die Hauptsache ist, diese Institution wird kein weiteres bürokratisches Monstrum.“

Medwedjew hatte im Frühjahr 2011 einen Zehn-Punkte-Plan aufgestellt, um das Investitionsklima im Land zu verbessern. Korruptionsbekämpfung, Transparenz und einfachere Regeln für die Geschäftswelt sind die zentralen Punkte. In allen acht Föderalbezirken des Landes arbeitet nun seit August ein „Bevollmächtigter für Investitionen“. Dieser Ombudsmann soll Investoren bei der Realisierung ihrer Projekte unterstützen und bei Problemen mit der örtlichen Verwaltung vermitteln. Künftig sollen Investoren spätestens drei Monate nach dem ersten Vorstellen ihres Projekts in einer Region alle nötigen Genehmigungen erhalten.

„Ich habe noch von keinem Geschäftsmann gehört, der sich in Verbindung mit dieser Initiative Verbesserungen des Geschäftsklimas erhofft“, sagt Falkner. Sie selbst glaubt nicht, dass die Ombudsleute in den föderalen Bezirken zum Durchbruch verhelfen werden. Bereits 2001 ist die Nationale Agentur für Direktinvestitionen (NAPI) geschaffen worden, erinnert Falkner. „Ziel war es, russischen und ausländischen Unternehmen dabei zu helfen, Investitionen anzuziehen – nur wusste davon in Deutschland niemand“, sagt sie. Daher steht die Frage im Raum: Welchen Sinn macht eine weitere Institution? „Wenn der Beamtenapparat nicht funktioniert, machen neue Direktiven keinen Sinn“, ist Falkner überzeugt.